

KOMMENTAR

Ex occidente Lux ...

Warum der deutsche Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat schlecht begründet ist und wie Deutschland auf anderem Wege „dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen“ kann*

Gunther Hellmann

“National pride is to countries what self-respect is to individuals: a necessary condition for self-improvement. Too much national pride can produce bellicosity and imperialism, just as excessive self-respect can produce arrogance. But just as too little self-respect makes it difficult for a person to display moral courage, so insufficient national pride makes energetic and effective debate about national policy unlikely. Emotional involvement with one’s country – feelings of intense shame or of glowing pride aroused by various parts of its history, and by various present-day national policies – is necessary if political deliberation is to be imaginative and productive. Such deliberation will probably not occur unless pride outweighs shame.”

Richard Rorty (1998: 3)

„Die Vorstellung einiger deutscher Politiker, Diplomaten und Beamten, Deutschland habe in der Weltpolitik ‚eine Rolle zu spielen‘, ist abwegig.“

Helmut Schmidt (2004)

„Adenauer sagte in den fünfziger Jahren im kleinen Kreis einmal: ‚Wir, die Deutschen, waren 50 Jahre die Hochstapler in Europa, jetzt müssen wir 50 Jahre die Tiefstapler sein.‘ Die 50 Jahre sind jetzt herum, und leider scheinen dies manche auszunutzen.“

Helmut Kohl (2004)

„Die Größe eines Landes ist das Eine. Die Wichtigkeit ist das andere. Luxemburg war das kleinste EU-Land vor der Erweiterung, aber es war eines der wichtigsten.“

Joschka Fischer¹

* Für wertvolle Recherchen und Kommentare danke ich Sonja Schirmbeck, Frank Sauer und Philip Hölzing. Benjamin Herborth danke ich für sehr kurzfristig erbetene kritische Anmerkungen.

¹ Joschka Fischer nach einem Treffen mit dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn in Berlin am 26. August 2004, zit. nach DPA – Europadienst, 26.8.2004 (15:53:28 Central European Time).

1. Ein „europäisches Deutschland“?

Wir erinnern uns der heiligen Schwüre, die bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 geleistet wurden: Landauf und landab, links und rechts wurde gebetsmühlenartig Thomas Mann zitiert und dem Schreckgespenst eines „deutschen Europa“ die Vision eines „europäischen Deutschland“ gegenübergestellt. Alle waren sich nicht nur, wie Hans-Dietrich Genscher in ähnlich lautenden Erklärungen vor dem Bundestag und der Generalversammlung der Vereinten Nationen formulierte (vgl. Genscher 1990a: 17803D–17804D, sowie 1990b: 708), des „größeren Gewichts des vereinigten Deutschland“, sondern auch der Tatsache bewusst, „daß sich die Völker Europas die Frage stellen, wie wir Deutschen dieses größere Gewicht nutzen werden“. Und keiner widersprach, als Genscher wie selbstverständlich fortfuhr: „Es kann darauf nur eine Antwort geben: Mit diesem größeren Gewicht streben wir nicht nach mehr Macht, wohl aber sind wir uns der größeren Verantwortung bewußt, die daraus erwächst.“ Eine „Politik des guten Beispiels“ in allen Feldern deutscher Außenpolitik sollte die Welt davon überzeugen, wie Deutschland diese „größere Verantwortung“ definierte (vgl. Genscher 1990a: 17804D – 178007A, sowie 1990b: 708).

Welches „gute Beispiel“ die gegenwärtige Bundesregierung mit ihrem Anspruch auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geben will, ist unklar. Sicher ist jedenfalls, dass sie einen nationalen deutschen Sitz fordert und nicht mehr (wie dies noch in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen im Oktober 2002 vereinbart wurde) einen gemeinsamen (EU-)europäischen Sitz. Bereits in der Koalitionsvereinbarung wurde ein europäischer Sitz nur noch als „wünschenswert“ bezeichnet. Die für Bundeskanzler Schröder viel wichtigere (und letztlich alles ermöglichende) Öffnungsklausel schrieb demgegenüber fest, dass die Bundesregierung einen ständigen Sitz anstreben würde, „wenn ein europäischer Sitz *nicht erreichbar scheint* und gleichzeitig eine Sicherheitsrats-Reform *unter dem Gesichtspunkt größerer regionaler Ausgewogenheit* abgeschlossen werden kann“ (Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen 2002: 72, Hervorhebung GH).

Spätestens seit der Rede von Außenminister Fischer anlässlich der Eröffnung der 59. Generalversammlung im September 2004 scheinen diese beiden Bedingungen erfüllt. Ein „echter“ gemeinsamer europäischer Sitz schien nun nicht mehr erreichbar, wie Fischer (2004a: 11130B) in der vorangehenden Bundestagsdebatte meinte. An eine größere Öffentlichkeit gewandt bezeichnete er einen solchen Sitz sogar als „utopisch“ (Fischer 2004b). Entsprechend veränderte sich die deutsche Einschätzung dessen, was „erreichbar“ schien. Bemerkenswert ist, wie sich der Handlungshorizont deutscher UN-Reformpolitik in den letzten Jahren stetig verkürzt hat. Von dem (angesichts der Komplexität der Materie) offensichtlich erforderlichen langen Atem war spätestens im Frühjahr 2004 nichts mehr zu spüren. Der alte Schlüsselbegriff des außenpolitischen Diskurses, die „Verantwortung“, war zwar immer noch präsent, er hatte aber eine ganz andere Bedeutung gewonnen. Mit Genscher waren sich die Deutschen ihrer „größeren Verantwortung“ noch „bewusst“. Mit Fischer (1999) wollten sie nun „dauerhaft mehr Verantwortung übernehmen“. Hatte es bei den früheren Befürwortern eines ständigen Sitzes noch geheißsen, dass man keinesfalls „drängeln“ wolle, wurde dies nun in prominenten Hintergrundgesprächen (z.B. Lohse 2004) dahingehend präzisiert, dass man an-

gesichts eines sich öffnenden „Zeitfensters“ von dem bisherigen „Geeiere“ wegkommen und „finster entschlossen“ (notfalls auch in einer Kampfabstimmung) den eigenen Anspruch durchsetzen müsse. Ganz offensichtlich mit dem höchsten Segen ausgestattet, ließen (dem üblichen Spiel gemäß gesichtslos bleibende) „Kanzleramtsmitarbeiter“ wissen, dass es selten passiere, „dass ein Land gebeten werde, eine privilegierte Stellung einzunehmen, es müsse das schon selber wollen“. Mit diesen Vorgaben brach in den Amtsstuben der deutschen Diplomatie eine bislang nicht gekannte weltpolitische Torchlusspanik aus. Der Außenminister bereiste in immer kürzeren Abständen immer mehr Länder, kräftig assistiert von zahlreichen parlamentarischen Unterstützern in allen Fraktionen, die einem europäischen Sitz den Totenschein nunmehr gleich stapelweise ausstellten.²

Auch das zweite Kriterium („größere regionale Ausgewogenheit“) hatte sich bis Mitte September zum Wohlgefallen deutscher Diplomaten erfüllt. Zusammen mit Brasilien, Indien und Japan hatten sich die Deutschen zum „Quartett der Ehrgeizigen“ (NZZ) zusammengeschlossen, um endlich, wie Fischer in seiner Rede vor den Vereinten Nationen formulierte, die Zusammensetzung des Rates „den gegenwärtigen geopolitischen Realitäten“ anzupassen (Fischer 2004c).

2. „... von dem Willen beseelt ...“

Seit September 2004 liegen die Karten also auf dem Tisch. Das Spiel aber hat erst begonnen – und es wird sich wohl bis in den Herbst 2005 hinziehen. Der Einsatz könnte höher kaum sein, denn es geht hier um weit mehr als die im Kanzleramt angestrebte „privilegierte Stellung“ in der Welt. Auf dem Spiel steht nicht weniger als das alte Selbstverständnis der „Bonner Republik“: Soll die zentrale normative Vorgabe des Grundgesetzes weiterhin als Leitlinie deutscher Außenpolitik dienen oder wird nun (nach der Vollendung der deutschen Einheit und dem Abschluss der Erweiterung von EU und NATO) auch die machtpolitische Resozialisierung Deutschlands³ vollendet?

Diese Frage so zuzuspitzen, heißt, die diskursiven Vorgaben zu unterlaufen, die die politische Klasse zu setzen versucht (vgl. auch Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P. 2001). Seit der Vereinigung sind im Auswärtigen Amt in mühsamer Kleinarbeit stetig wechselnde Argumentations- und Begründungsmuster entwickelt worden, um dem vereinten Deutschland als vermeintlich „natürlichem Kandidaten“ für den UN-Sicherheitsrat das moderne Äquivalent von Kaiser Wilhelms „Platz an der Sonne“ zu sichern. Bei genauerer Prüfung zeigt sich jedoch, dass kaum gute Gründe für dieses Ansinnen ins Feld geführt werden können. Als oberster Maßstab kann nur das Grundgesetz dienen. Der entscheidende Satz in seiner Präambel besagt, dass Deutschland „von dem Willen beseelt“ sei, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Ein jedes dieser Worte verdient es, für sich gewogen zu werden – so wie es die Mitglieder des Parlamentarischen Rates ge-

2 Vgl. etwa die Aussage des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Gernot Erler, zit. nach Nass (2004).

3 Vgl. hierzu Hellmann (2004b) sowie die daran in den Heften 43 bis 45 von WeltTrends anschließende Debatte.

tan haben, als sie in den Jahren 1948/49 in wochen- und monatelangem Ringen nach einer knappen Formulierung suchten, die (wie Theodor Heuss formulierte) „den exzeptionellen Charakter“ dieser neuen deutschen Verfassung auf den Punkt bringen würde. Gesucht war (so assistierte der Sozialdemokrat Carlo Schmid) eine pointierte Zuspitzung, die jedem zukünftigen Leser „das ‚Warum‘“ dieser Verfassung unmittelbar einleuchtend erscheinen lassen und eine Antwort auf die Frage geben würde, „warum es zu diesem Grundgesetz kommen musste und warum nicht etwas anderes, vielleicht ‚Normaleres‘ als dieses Grundgesetz geschaffen werden konnte“ (vgl. Parlamentarischer Rat 1996: 177–216, hier 193, 180).⁴

Misst man das Ansinnen der Bundesregierung an diesem Anspruch, so gibt es derzeit nicht einen einzigen guten Grund zur Rechtfertigung eines nationalen deutschen Sitzes. Mehr noch: Dieser Anspruch steht in mehrfacher Hinsicht in offenem Widerspruch zu Buchstaben und Geist der Präambel. Erstens schwächt er in zweierlei Weise die Verpflichtung, als „gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa“ dem Frieden zu dienen. Zum einen hat der deutsche Vorstoß den heftigsten Widerstand Italiens (immerhin ein zumindest „gleichberechtigtes“ Gründungsmitglied der ersten gemeinsamen europäischen Institutionen) heraufbeschworen. Zum anderen ist offensichtlich, dass ein deutscher Sitz den nationalen Anspruch Frankreichs und Großbritanniens auf *ungleiche* Repräsentation weiter verfestigt, statt ihn zu unterminieren. Wie vor diesem Hintergrund ein Argument aussehen könnte, demzufolge die Perspektiven einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union durch einen deutschen Sitz *befördert* würden, ist schwer vorstellbar.

Zweitens ist es wenig plausibel zu argumentieren, dass ein ständiger deutscher Sitz dem Frieden der Welt zuträglicher wäre als der Verzicht auf diesen Sitz. Neben den inereuropäischen Spaltungen sind nämlich nicht nur ähnliche Rivalitäten zwischen konkurrierenden Mächten in anderen Regionen zu erwarten, sondern auch nachteilige Auswirkungen auf die Effektivität der Vereinten Nationen. Wer suggeriert, dass ein um zehn Sitze erweiterter Sicherheitsrat zu schnelleren oder wirksameren Entscheidungen finden würde als der Rat in seiner (zugegebenermaßen höchst anachronistischen) gegenwärtigen Zusammensetzung, der beherrscht noch nicht einmal die Grundrechenarten der Politik (vgl. hierzu schon Wagner 1993: 536–537). Hinzu kommt, dass die Realisierung der deutschen (wie auch der japanischen) Ambitionen mittelfristig eher zu einer Verringerung statt Stabilisierung oder gar Erhöhung der finanziellen Beiträge dieser Staaten führen (und insofern den Frieden mittelbar eher schwächen) würde. Ein kurzer Blick auf die (teilweise drastisch unter den deutschen und japanischen Finanztransfers liegenden) Beiträge der derzeitigen ständigen Mitglieder zeigt, dass jene, die sich ihres Status sicher sein können, eher knauserige Beiträge leisten. Zudem zeigen detaillierte Untersuchungen zum außenpolitischen Entscheidungsprozess in Bonn und Berlin, dass die deutschen Beiträge nach 1990 immer stärker unter einem instrumentellen Blickwinkel gesehen wurden (vgl. Andreae 2002: 146–148).⁵ Vor allem der Ap-

⁴ Diese Funde verdanke ich Philip Hölzing.

⁵ Instrukтив sind in diesem Zusammenhang die Einschätzungen der beiden früheren deutschen UN-Botschafter Hans Arnold und Hans-Otto Bräutigam, weil sie einerseits erklären helfen, warum Deutschland auf eine vergleichsweise starke Unterstützung seiner Bewerbung verweisen kann, andererseits aber auch nochmals akzentuieren, wie stark sich die deutsche UN-Politik

parat des Auswärtigen Amtes drängte (teilweise schon *vor* der Vereinigung) darauf, durch die Bereitstellung von Bundeswehreinheiten für UN-Einsätze die Mitwirkungsmöglichkeiten Deutschlands an vorderster Stelle zu profilieren.⁶ Insofern daher instrumentelle Überlegungen die bisherigen (im Vergleich zu den derzeitigen ständigen Mitgliedern weit überdurchschnittlichen) Beiträge von Japanern und Deutschen erklären, ist mit der Durchsetzung ihres Anspruchs mittelfristig eher mit merklichen Reduktionen (und einer entsprechenden Schwächung der UN) zu rechnen.

Prüft man also den deutschen Anspruch vor dem Hintergrund der beiden wichtigsten normativen Vorgaben des Grundgesetzes (vereintes Europa und Dienst am Frieden), ist das Ergebnis eindeutig negativ. Eine Versöhnung könnte bestenfalls dann gelingen, wenn man (a) plausibel machen könnte, dass Deutschland (trotz der *friedensschädlichen* Auswirkungen seines Strebens in der EU) in besonderer Weise geeignet ist, den Frieden *in der Welt* zu fördern; und/ oder wenn man (b) zeigen könnte, dass der Anspruch auf „Gleichberechtigung“ (als internationaler wie auch national-verfassungspolitischer Geltungsanspruch) legitim ist.

Beide Argumente werden in der einen oder anderen Weise vorgetragen. Befürworter des deutschen Anspruches argumentieren beispielsweise präemptiv, dass ein neues deutsches „Wesen, an dem die Welt genesen soll, (...) nicht erkennbar“ sei. Das Ansinnen

verändert hat. Arnold (1995: 30) urteilt über die Zeit der deutschen UN-Mitgliedschaft bis 1990 wie folgt: Die Bundesrepublik habe in dieser Zeit „zwar immer aktiv und gelegentlich auch prominent“ in den Vereinten Nationen mitgearbeitet, doch „auf eine Machtausübung unter dem Vorzeichen der UNO verzichtet“ und stattdessen eine „Kultur der Zurückhaltung“ gepflegt. Genau diese „ein bisschen altruistisch(e)“ Haltung (so Bräutigam), die die Akzente „auf die eigentliche Arbeit der Vereinten Nationen“ legte, statt die Mitgliedschaft unter „politischen Einflussgesichtspunkten“ zu definieren, habe der Bundesrepublik über Zeit ihr enormes Ansehen beschert, von dem sie auch bei ihrer Bewerbung zehrt (zit. nach Andrae 2002: 131). Von dieser „Zurückhaltung“ ist heute nichts mehr zu spüren – und das ist durchaus konsequent, denn wie die Befürworter eines ständigen Sitzes argumentieren, muss mit diesem Anspruch auch ein „Wandel des Politikstils“ einhergehen. „Das Abrücken von der ‚Politik der Zurückhaltung‘ (...) muss sich notwendigerweise auch in der Ausübung der Rolle eines ständigen Mitglieds fortsetzen, da von den dort versammelten Hütern des Weltfriedens keine, wie auch immer begründete Zurückhaltung erwartet wird, sondern der Wille und die Fähigkeit, eigene Problemlösungsvorschläge einzubringen und sich für diese auch einzusetzen“ (Andrae 2002: 83). In der Diplomatensprache klingt das zwar etwas zurückhaltender, aber die Kernbotschaft ist dieselbe. So sieht etwa der für das Projekt Sicherheitsratssitz wichtigste deutsche Diplomat, Gunter Pleuger, den größten Vorteil eines ständigen Sitzes in den damit einhergehenden „Einbringungsmöglichkeiten“ (zu Pleugers zentraler Rolle in diesem Zusammenhang vgl. u.a. Andrae 2002: 128–129). Denn im Unterschied zu der seit langem praktizierten (teils formellen, teils informellen) Mitwirkung Deutschlands an so genannten „Kontaktgruppen“ u.Ä. sei eine ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat „wie keine andere Mitgliedschaft geeignet, unsere außenpolitischen Ziele (...) einzubringen“. In diesem Sinne sei der deutsche Anspruch „Ausdruck für den politischen Willen, Verantwortung im Prozess der Globalisierung zu übernehmen“ und dadurch auch jene „Rolle“ zu spielen, die eine „umfassende Mitwirkung“ garantiere. Diese Argumentationsfigur gipfelt dann – den üblichen außenpolitischen Sprachspielen gemäß – in der Formulierung, „dass die politische Bereitschaft Deutschlands, im Zuge einer solchen Reform [des UN-Sicherheitsrats, GH] einen ständigen Sitz einzunehmen, in deutschem außenpolitischen Interesse liegt“ (Pleuger 2003: 688, 690).

⁶ Damals wurde im AA eine Strategie ausgedacht, wie man den Zeitraum zwischen der nicht-ständigen Sicherheitsratsmitgliedschaft 1987/88 und der nächstfolgenden statt der üblichen zehn auf acht Jahre verkürzen könnte (Andrae 2002: 130).

der Bundesregierung sei vielmehr durch „ein schlichteres, rationaleres Kalkül“ geleitet: „Dass wir in der Gemeinschaft eine einflussreichere Rolle übernehmen, haben wir erstens verdient und ist zweitens gut für die Gemeinschaft“ (Pries 2004). Um die besonderen Verdienste Deutschlands zu unterstreichen wird dann zumeist auf die hohen finanziellen und militärischen Beiträge verwiesen („drittgrößter Beitragszahler und zweitgrößter Truppensteller“⁷). Das wirkt auf den ersten Blick beeindruckend, und es ist zweifellos auch richtig – auch wenn der Charme dieser Zahlen deutlich an Glanz einbüßt, wenn man ihn einerseits im Lichte der oben erwähnten instrumentellen Überlegungen betrachtet und diese Zahlen andererseits angesichts der anhaltenden sozioökonomischen innerstaatlichen Probleme und drastischen Kürzungen in allen Bereichen in die Zukunft extrapoliert.⁸ Hinzu kommt, dass gerade in den letzten beiden Jahren die deutsche Wende vom früheren „genuinen“ zum nunmehr „effektiven Multilateralismus“ (Fischer) einige Blessuren hat hinnehmen müssen (vgl. auch Baumann 2002). Denn selbst wenn man (wie die Bundesregierung und manche ihrer Befürworter) die „Achsenbildung“ mit Frankreich und Russland im Irak-Krieg als besonders friedensdienlich werten mag (eine Bewertung, der nicht nur in den USA, sondern auch bei einigen europäischen Partnern Deutschlands heftig widersprochen wird), kann die nicht minder deutliche Absage des Bundeskanzlers an *jegliche* Form der Beteiligung an Maßnahmen der Vereinten Nationen gegen den Irak – und zwar selbst dann, wenn diese im UN-Sicherheitsrat einmütig verabschiedet worden wären – kaum als besonders friedensförderlich gewertet werden.

Auch wenn man den Anspruch auf einen ständigen Sitz in einem breiteren Sinne mit deutschen „Verdiensten“ an der Weltgemeinschaft rechtfertigen will, fällt es heute eher schwerer als dies vor zehn oder gar zwanzig Jahren der Fall gewesen wäre. Bereits beim klassischen Friedensfaktor, der Entwicklungshilfe, sieht die Bilanz dürrtig aus.⁹ Mit einem Anteil von 0,245 Prozent am nationalen Bruttosozialprodukt im Jahr 2001 war Deutschland nicht nur nach wie vor weit von der Vorgabe der UN von 0,7 Prozent entfernt. Es hatte sich auch gegenüber 1991 (0,42 Prozent) nochmals deutlich verschlechtert.

Noch dramatischer gestaltet sich der Einbruch bei den Militärausgaben, die in die „Verdienst“-Bilanzierung mit einzubeziehen schon deshalb gerechtfertigt ist, weil UN-Friedensoperationen immer wichtiger, zahlreicher und damit auch teurer werden. Deutschlands Militärausgaben befinden sich derzeit sowohl im nationalen Längsschnitt wie auch im Vergleich mit Bündnispartnern auf einem historischen Tiefststand. 1981 gaben die Deutschen noch 4,6 Prozent ihres BSP (oder 18 Prozent des Bundeshaushal-

7 Vgl. etwa die entsprechende Aussage von Joschka Fischer, zit. nach Die Tagesschau, Feste Sitze im Sicherheitsrat, von Thomas Reinke, 22.09.2004, <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3635986,00.html> [23.9.2004].

8 So ist beispielsweise angesichts der bereits seit 1990 beobachtbaren drastischen Reduzierungen der Anteile der drei „internationalen“ Ministerien (AA, BMZ und BMVg) am Bundeshaushalt zu erwarten, dass schon allein aufgrund der immer eingeschränkteren materiellen Fähigkeiten Deutschlands, sich international zu engagieren, in den kommenden Jahren weitere Einschnitte zu verkraften sein werden (vgl. hierzu Hellmann 2004b und Hellmann/Wolf 2004).

9 Die nachfolgenden Zahlen beruhen auf Recherchen von Sonja Schirmbeck und Frank Sauer (vgl. Schirmbeck/Sauer 2004); zu deutschen Entwicklungshilfezahlungen vgl. auch Andreae (2002: 75–76).

tes) für ihre Streitkräfte aus – damals zugegebenermaßen nahezu ausschließlich für die Landesverteidigung. Im Jahr 2001 hatte sich dieser Anteil auf 1,36 Prozent des BSP (bzw. 9,8 Prozent des Bundeshaushaltes) reduziert – Tendenz weiter fallend. In der NATO bleiben lediglich Spanien, Belgien und Luxemburg unter diesem Niveau (Italien gab 2001 immerhin noch 1,5 Prozent des BSP für sein Militär aus). Nun ist sicherlich in Rechnung zu stellen, dass angesichts des gänzlichen Wegfalls einer unmittelbaren militärischen Bedrohung des Territoriums Deutschlands drastische Reduzierungen mehr als gerechtfertigt waren. Die Einschnitte sind mittlerweile allerdings so tief, dass selbst einfache Operationen im Dienste der Vereinten Nationen schwierig geworden sind und zukünftig sicher noch schwieriger werden. Auch hier sind die „Verdienste“ also weit weniger beeindruckend als die Regierung Glauben machen will. Dass die Deutschen daher eine „einflussreichere Rolle verdient“ hätten, ist wenig überzeugend.

Könnte dieser Anspruch vielleicht noch mit dem ältesten deutschen Argument zur Rechtfertigung einer „privilegierten Rolle“ gerettet werden, dem Argument der „Gleichberechtigung“ (vgl. hierzu den Überblicksbeitrag von Wolf 2004)? Die Schwierigkeit hier ist natürlich, dass es keinen eindeutigen und allgemein anerkannten Standard zur Messung gleicher Rechte gibt. „One state, one vote“ gilt weder in föderalen Systemen noch in internationalen Organisationen als unumschränktes Ordnungsprinzip. Insofern hat es sich in der internationalen Politik (als einigermaßen gerechtfertigte Praxis) eingebürgert, Maßstäbe wie z.B. das „politische und wirtschaftliche Gewicht“ eines Staates (z.B. Pleuger 2003: 684) oder „geopolitische Realitäten“ (Fischer 2004c) heranzuziehen, wenn man Staaten in unterschiedlichen Gewichtsklassen (z.B. „Großmächte“) gruppiert. Diesem Verständnis gemäß zählt sich Deutschland heute ganz offensichtlich zu den derzeitigen Großmächten – auch wenn das Wort angesichts zahlreicher historischer Belastungen möglichst umgangen und bestenfalls etwas schamhaft von Deutschland als „großer Macht in Europa“ (Schröder 1999: 394) gesprochen wird. Doch auch hier entpuppt sich Deutschland sehr schnell bestenfalls als Kandidat der internationalen Mittelgewichtsklasse, wenn man die Zahlen sprechen lässt. Der deutsche Anteil am BSP der Welt hatte sich von 4,3 Prozent 1991 bereits im Jahr 2001 auf 4,0 Prozent verringert. Noch ernüchternder sind die Zahlen, wenn man Daten der alten Bundesrepublik zum Vergleich heranzieht: Westdeutschland alleine brachte 1981 noch 4,8 Prozent Anteil am weltweiten BSP auf die Waage! Selbst bei der Größe der Bevölkerung – einem keineswegs marginalen Kriterium im Zusammenhang mit dem deutschen Argument, den Sicherheitsrat „so repräsentativ wie möglich“ zu machen (Pleuger 2003: 693) – hat sich in diesen zwanzig Jahren trotz Vereinigung eine Verschiebung zuungunsten Deutschlands ergeben. Zur Zeit der Teilung hatte die alte Bundesrepublik 1981 noch einen Anteil von 1,37 Prozent der damaligen Weltbevölkerung. Mit der Vereinigung stieg dieser Anteil im Jahr 1991 zwar auf 1,49 Prozent an, heute ist er allerdings mit 1,34 Prozent wieder unter das Niveau von 1981 zurückgefallen. Ähnlich sehen die Zahlen aus, wenn wir nochmals auf Entwicklungshilfe und Militärausgaben schauen: Die deutschen Ausgaben für Entwicklungshilfe (gemessen in Anteilen am Weltbruttosozialprodukt) haben sich von 0,0112 Prozent in 1981 auf zunächst 0,0156 Prozent in 1991 leicht erhöht, um in 2001 auf 0,009 Prozent abzufallen. Auch hier sind wiederum die drastischsten Einbrüche bei den anteiligen Militärausgaben festzu-

stellen. Betrug ihr Anteil am Weltbruttosozialprodukt 1981 0,23 Prozent, so fiel er bis 1991 auf zunächst 0,11 Prozent und auf 0,05 Prozent in 2001 (das pazifistische Japan lag im selben Jahr bei einem Anteil von 0,09 Prozent).

Kurzum: Das „Gewicht“ Deutschlands fällt, nüchtern betrachtet, deutlich leichter aus als es die politischen Superschwergewichtsansprüche vermuten lassen. Es beeindruckt weder absolut, noch relativ, noch im Vergleich zwischen dem vereinten Deutschland und jenen Zeiten, als Deutschland noch geteilt war (und in Bonn niemand von einem ständigen Sitz auch nur träumte). Hinzu kommt, dass sich das andere Kriterium, das im Kontext des „Gleichberechtigungs“-Diskurses früher zumeist genannt wurde, das Kriterium der „Repräsentativität“, mittlerweile als Bumerang erwiesen hat und deshalb kaum noch eingesetzt wird: Wenn heute bereits drei der fünf Staaten, die ständig im Sicherheitsrats sitzen, aus Europa kommen, wird die „Repräsentativität“ des Gremiums kaum dadurch erhöht, dass jetzt auch noch Deutschland Platz nimmt.¹⁰

Was bleibt unterm Strich an Gründen für den deutschen Anspruch? Die Antwort fällt eindeutig aus: keine guten, wohl aber ein prestigeheischendes machtpolitisches Argument: „So wie die anderen das auch machen, steht uns das auch zu“¹¹ – wobei „die anderen“ natürlich keine Federgewichte sind, sondern mindestens in der Halbschwergewichtsklasse boxen. Richtig ist an dieser Einschätzung, dass Deutschland „geopolitisch“ sicherlich schon deshalb wieder zu den gewichtigeren Spielern gehört, weil heute (im Kontrast zur Zeit vor 1990) unsere Partner mehr von unserem Wohlwollen abhängen als wir von ihrem (zumindest scheint das in Berlin so gesehen zu werden). Ob es allerdings klug ist, dies allzu offen zur Schau zu stellen, ist mehr als fraglich. „Deutsche Wege“, die als weltpolitische Gipfelstürme gebahnt wurden, haben Deutschland selten Gutes beschert (vgl. Hellmann 2004a). Gute Gründe müssen daher weniger diejenigen aufbringen, die vor neuen Gipfelabenteuern warnen, als jene, die meinen, sich solche Operationen risikolos leisten zu können – und zwar selbst dann, wenn sie schwer mit dem Grundgesetz vereinbar sind, d.h. weder einem vereinten Europa nützen, noch dem Frieden dienen.¹²

10 Vgl. hierzu die Anteile Deutschlands sowie Europas an der Gesamtbevölkerung aller UN-Mitgliedsstaaten bei Schirmbeck/Sauer (2004).

11 Diese Aussage Gerhard Schröders stammt zwar aus einem anderen Kontext, sie steht aber mehr als alles andere für eine handlungsleitende Maxime in der Außenpolitik seiner Regierung (vgl. Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken, zit. nach: http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html [19.8.1999; diese Rede ist mittlerweile vom Netz genommen worden]).

12 Ein häufig zu vernehmendes Argument gegen die Gegner eines deutschen Sitzes lautet, dass sie unter einer „völlige(n) Verkennung der gewandelten Lage der heutigen Weltpolitik“ leiden. „Deutschland als zweitgrößtes Exportland, drittgrößte Volkswirtschaft und offene Demokratie kann es sich nicht erlauben, die Mitgestaltung der internationalen Umwelt, deren Krisen Deutschland besonders betreffen würden, anderen zu überlassen. Einer solchen Politik würde im Hinblick auf die deutschen Beiträge zu den Vereinten Nationen innerhalb Deutschlands längerfristig die demokratische Legitimation fehlen. Auch würde dies von der überwiegenden Mehrheit der UN-Mitglieder angesichts der deutschen Ressourcen zugunsten der Vereinten Nation und Entwicklungshilfe sowie ihre eigenen Erfahrungen mit der deutschen Außenpolitik mittlerweile als Ausweichen vor der dem Lande zugewachsenen Verantwortung gesehen“ (Kaiser

3. Schleichende Ent-Europäisierung als Kehrseite moderner Machtpolitik

Deutschlands Anspruch auf einen ständigen Sitz ist also begründungsbedürftig – und bislang schlecht begründet worden. Ist die Tatsache, dass dieser Anspruch gestellt wird, aber auch *erklärungsbedürftig* – und wie fallen diese Erklärungen gegebenenfalls aus? Diese Frage ist offensichtlich an unsere Disziplin gerichtet. Antworten fallen schon deshalb nicht leicht, weil jenes aristotelische Staunen, das nach Erklärung überhaupt erst ruft, insofern nicht selten ein künstlich erzeugtes ist, als wir uns vor dem Hintergrund eines *bestimmten* Wissens wundern. Wenn man in dieser Hinsicht unser Wissen über die deutsche Außenpolitik befragt, gibt es in der Tat einigen Grund, nach Erklärungen zu suchen.

Dies beginnt (in einem sehr unmittelbaren Sinne) schon bei der Frage, wie es dazu kommen konnte, dass die am weitesten links stehende Regierung, die Deutschland seit den frühen Tagen der Weimarer Republik regiert hat, eine doch recht eigenartige Form der „Verantwortungspolitik“ auf ihre (nicht mehr ganz so „internationalistischen“) Fahnen geschrieben hat.¹³ Noch vor zehn Jahren, etwa, hat Joschka Fischer eine Entwicklung wie die gegenwärtige als Ausdruck einer „erneuten ‚Vermachtung‘“ der deutschen Außenpolitik gebrandmarkt und vor den schädlichen Folgen „deutschnationaler Revisionsversuche“ gewarnt.¹⁴ Insofern könnte man, wenn man Außenpolitik als Ausfluss

2004: 65–66, Hervorhebung GH). Deutschland habe daher überhaupt nicht die Möglichkeit sich für eine solche „Gartenzwergoption“ zu entscheiden (Kaiser 2004: 64; diese Argumentationskette richtete sich explizit gegen Hellmann/Wolf 2004). Wie sich die „Lage der heutigen Weltpolitik“ geändert hat und was sich daraus für die Rolle Deutschlands ergibt, ist zweifelsohne ein lohnender Streitgegenstand, der auch mit pointierten Zuspitzungen (z.B. „Gartenzwerge“ oder „Gipfelstürmer“) versehen werden kann, letztlich aber argumentativ untermauert werden muss. Im übrigen scheint mir jene Gartenzwerggesellschaft, die u.a. die beiden Vorgänger Gerhard Schröders zu ihren Ehrenmitgliedern zählen darf (vgl. die beiden Eingangszitate von Helmut Schmidt und Helmut Kohl) nicht die schlechteste aller denkbaren Gesellschaften zu sein, mit denen man sich argumentativ zusammenschließt. In Rortys Verständnis sind sie nichts anderes als stolze Fahnenträger der Bonner Republik. Bei allen sonstigen Reserven könnte heute vielleicht sogar Jürgen Habermas mit ihnen mitmarschieren (vgl. Habermas 1999).

13 Vgl. in diesem Zusammenhang z.B. Die Grünen (1990: 18, 20–21). Zu den Hintergründen der Entstehung dieses Programms sowie einzelner Formulierungen vgl. Volmer (1998: 386–389).

14 „Eine erneute ‚Vermachtung‘ der deutschen Politik wie sie gegenwärtig allenthalben gefordert wird, liegt nicht im Interesse Deutschlands. Sehenden Auges würde man eine der größten Errungenschaften der Nachkriegszeit aufgeben, nämlich den Bruch mit der preußisch-deutschen Machtstaatstradition und die Konzentration des demokratischen Deutschlands auf die zivile Politik. Die weitere Entwicklung ist unschwer abzusehen: Es fängt heute mit der Parole ‚Mehr Verantwortung übernehmen!‘ an, dann werden die ersten Kriegseinsätze stattfinden, die ersten Toten wird es geben, die ersten vaterländischen Rituale werden folgen, die Generalität wird mehr Freiheiten wollen, Kriegshelden werden wieder heroisiert, längst überwundene Traditionen werden exhumiert werden und die von den Deutschnationalen heißersehnte Wiederkehr des ‚Primats der Außenpolitik‘ wird dann gefeiert werden dürfen; parallel dazu wird Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erhalten, in dem als ständige Mitglieder heute nur lauter Nuklearmächte sitzen. Folglich wird auch in Deutschland dann die Debatte beginnen um die ‚vollständige‘ Souveränität, und dies ist in der heutigen Welt nun einmal die nukleare Souveränität. Und so wird eines zum anderen kommen, und die wirt-

innerstaatlicher Präferenzen (hier z.B. starke parteipolitische Präferenzen bei SPD und Grünen) begriffe, Erklärungsbedarf vermuten.

Auch wenn man das Netz breiter auswirft und den stärker fachwissenschaftlichen Diskurs ins Auge fasst, kann Erklärungsbedarf nicht leichtfertig von der Hand gewiesen werden. Denn dass das vereinigte Deutschland auf Dauer eine genuin multilaterale Politik in der Bonner Tradition betreiben würde, schien im Fachdiskurs nach der Vereinigung eigentlich überdeterminiert. Alle Faktoren, die jenseits verstaubten „realistischen“ Theorieguts zu den Triebkräften der modernen internationalen Politik gerechnet wurden, prädestinierten das neue Deutschland schon einzeln dafür, weiter auf dem Tugendpfad der alten „Bonner Republik“ zu wandeln: die historische Läuterung im Allgemeinen und die Erfolgsgeschichte bundesdeutscher Außenpolitik im Besonderen; die weitgehende politische Integration mit den (west-)europäischen Nachbarn einerseits und die ökonomische Abhängigkeit von offenen und funktionierenden internationalen Handelswegen andererseits. Dass diese Faktoren im vereinigten Deutschland wie nirgends sonst auch noch gebündelt auftraten, schien die Extrapolation einer Bonner Republik mit einer außenpolitischen „Kultur der Zurückhaltung“ weit ins 21. Jahrhundert zu einem Selbstläufer zu machen. Auch aus diesem Blickwinkel könnte man sich also die Augen reiben, wenn man nach Erklärungen für die neueste Wende in der deutschen Außenpolitik suchte (vgl. Hellmann 2004b: 83–84).

Zuflucht scheint auf den ersten Blick nur die ungeliebteste aller IB-Theorien auf dem deutschen Markt zu liefern, der Realismus. Doch selbst die meisten gängigen realistischen Varianten der Gegenwart müssten sich vor dem Hintergrund eines immer weiter sinkenden Verteidigungshaushaltes Rechenschaft ablegen, warum Deutschland zwar einerseits tatsächlich zu einer „zentralen Quelle der Unruhe im neuen Europa“ geworden ist, von einer „Verstärkung der (deutschen) Landstreitkräfte“ zum Zwecke der Errichtung einer militärisch gestützten „Hegemonie über Zentraleuropa“ (Mearsheimer 2002: 395) aber auch nicht im Entferntesten die Rede sein kann.

Den eingespielten wissenschaftlichen Sprachspielen gemäß werden wohl nur die wenigsten Vertreter solcher Erklärungsangebote einräumen, dass die neueren Entwicklungen mit ihren zuvor präferierten Erklärungen nicht vereinbar sind. Ob sich eine hinreichend große Leserschaft allerdings überzeugen lässt, ist eine andere Frage. Dies gilt natürlich auch für die hier zugrunde liegenden eigenen Arbeiten, die unter Rückgriff auf die pragmatistische Tradition eine Erklärung nahe legen, die traditionelle Trennlinien zwischen (vermeintlich inkompatiblen „realistischen“, „liberalen“ oder „konstruktivistischen“) Theorien bzw. Theorietraditionen aufbricht und den Prozesscharakter sozialen und genuin kreativen Handelns in den Mittelpunkt rückt (vgl. Hellmann 2003 und Herborth 2003). Aus diesem Blickwinkel fügt sich die Forcierung eines deutschen Anspruchs auf einen ständigen Sitz nahtlos in eine umfassendere „machtpolitische Resozialisierung“ der deutschen Außenpolitik ein, deren (mittel- und langfristig) weitrei-

schaftliche Großmacht Deutschland wird sich auch auf den Weg zur politischen Großmacht begeben, die Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen – dieses große Ziel der deutschnationalen Revisionsversuche der Gegenwart – wird dann in greifbare Nähe rücken, und das wird bei unseren europäischen Nachbarn alles andere als Entzückensschreie auslösen, sondern Furcht, Mißtrauen und mehr oder weniger verdeckte Eindämmungsbemühungen“ (Fischer 1994: 229–230).

chendste Folge in einer – in verschiedenen Politikfeldern EU-europäischen Regierens bereits beobachtbaren – schleichenden Ent-Europäisierung der vermeintlich durch und durch „europäisierten“ Identität Deutschlands gipfeln könnte.¹⁵ Entscheidend ist dabei, dass die häufig suggerierten (aufgrund theoretischer Präferenzen in der Traditionslinie einer positivistischen Erkenntnistheorie fast schon unausweichlichen) immer wiederkehrenden Handlungsmuster von Akteuren zugunsten einer Erschließung neuartiger Möglichkeitshorizonte aufgebrochen werden, die aus problemspezifischen Konstellationen resultieren. *Moderne Machtpolitik* wird ihren Ausdruck daher (angesichts der mit dem 19. und frühen 20. Jahrhundert in keinsten Weise mehr vergleichbaren Situation in der gegenwärtigen EU) weder notgedrungen in militärisch gestützten deutschen Hegemonialambitionen im Zentrum Europas finden, noch in der Vorstellung einer „Rückkehr auf die Weltbühne“ (vgl. Schöllgen 2003), der jeglicher „Sinn für das Neue“ fehlt.¹⁶ In diesem „Neuen“ könnten jedoch auch Überzeugungen Platz greifen, die im gängigen theoretischen Fadenkreuz liberal-konstruktivistischer Provenienz als höchst archaisch anmuten müssen. Denn in der merkwürdigen theoretischen Arbeitsteilung zwischen (zumeist für „progressiv“ erachteten) „liberalen“ bzw. „konstruktivistischen“ Strängen einerseits und (zumeist als „konservativ“, wenn nicht gar „reaktionär“ verschrieenen) „realistischen“ Strängen andererseits, ist es bislang noch nicht aufgefallen, dass weiter zurückreichende Traditionslinien der politischen Theorie durchaus Synthesen nahe legen, die gerade zur Erklärung der Veränderungen in der deutschen Außenpolitik fruchtbar gemacht werden können. Wenn die klassische (sozusagen „prämoderne“) realistische Tradition in den Arbeiten von Thukydides, Machiavelli, Hobbes oder Rousseau neben den Zielen „Macht“ und „Reichtum“ immer auch das Streben nach „Ruhm“ (oder: Prestige, Status) zu einem zentralen Motiv außenpolitischen Handelns gerechnet hat, dann ist das Grund genug, Anschlüsse an zeitgenössische Forschungen im liberal-konstruktivistischen Lager zu suchen, die die Bedeutung „ideeller Faktoren“ hervorheben.¹⁷ Im deutschen Fall ist das Streben nach jener „privilegierten Stellung“, von der der Kanzleramtsmitarbeiter sprach, schon daher eine naheliegende Option, weil das engere sicherheitspolitische Umfeld in einer historisch bislang ungekannten Weise weitgehend sorgenfrei stimmt, während der stetige Niedergang des vormaligen „Wirtschaftswunder“-Modells Bundesrepublik nach einer Kompensation zu verlangen scheint. Dass in dieser Konstellation weder die Fortschreibung von Bonner Kontinuitätserzählungen, noch der Rückfall in jene Zeiten überzeugen kann, in denen Großmächte auf „Weltbühnen“ auftraten, sollte eigentlich auf der Hand liegen. Was stattdessen *das Neue* an Deutschlands europäischer und internationaler Rolle ausmacht, erscheint weit offener als das, was unsere gängigen theoretischen und konzeptuellen Bezugsrahmen suggerieren. Darunter ist unter anderem zu rechnen, dass Verhaltens-

15 Vgl. Hellmann (in Vorbereitung); in diesem Band werden die Ergebnisse eines von der DFG geförderten Projekts zur (Außen-)Politik Deutschlands in der EU vorgestellt, das zusammen mit Wolfgang Wagner und Monika Bösch sowie Rainer Baumann und Benjamin Herborth bearbeitet wurde.

16 Vgl. die Rezension von Schöllgens Buch durch den Mitarbeiter Joschka Fischers im Planungstab des Auswärtigen Amtes, Joscha Schmierer (2003). Den Hinweis auf diese Besprechung verdanke ich Benjamin Herborth.

17 Vgl. die ausgezeichnete, leider allerdings noch nicht einem breiteren Publikum zugängliche Princeton-Dissertation von David Markey (2000).

weisen, die früher als „Machtpolitik“ oder „zivile Politik“ (Fischer 1994: 229) bezeichnet wurden, neuartige Synthesen eingehen, die entsprechend auch neue Begriffe und Beschreibungen erfordern. Wie wir diese Prozesse von Kontinuität *und* Wandel (besser) erfassen können, ist eine genauso lohnende wie wichtige Herausforderung an unsere Disziplin.

4. „Rückkehr der Geschichte“ oder „Rekonstruktion des Westens“

Zehn Jahre nach seinem Buch „Risiko Deutschland“ sitzt Joschka Fischer derzeit an einem neuen Werk, das angeblich den Titel „Die Rückkehr der Geschichte“ tragen soll (vgl. König 2004). Es ist nicht zu vermuten, dass Fischer mit diesem Titel speziell auf deutsche Wiedergänger (etwa Wilhelm II.) anspielen will. Die anderen großen Stichworte, die Fischer im vergangenen Jahr in die Diskussion eingespeist hat, drehen sich vielmehr um die Frage, wie die Welt (und Deutschland) auf die zentrale Herausforderung des internationalen Terrorismus reagieren sollen. Fischer schwebt hier eine „Rekonstruktion des Westens“ vor, in der ein „stärkeres Europa“ seiner bisherigen Politik nun auch eine „strategische Dimension“ hinzufügt (Fischer 2004d). Welchen Platz Deutschland in diesem Szenario einnehmen soll, bleibt vage, zumal eine stärker „strategische“ Positionierung der EU ausdrücklich nicht mit „kerneuropäischen“ Überlegungen verknüpft werden soll – die EU also eher nach einem „intergouvernementalen Kooperationsmodell“ als einem (auf dem Leitbild „supranationaler Vertiefung“ aufzufußenden) stärker einheitlichen Akteursmodell organisiert werden soll.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Streben Deutschlands nach einem ständigen Sitz eine zusätzliche Brisanz. Denn wenn es gelänge, diesen Sitz zu sichern und gleichzeitig (a) die Integrationsdichte der EU tatsächlich auf jener Stufe des Verfassungskonvents verbliebe, die Fischer zufolge das „Optimum dessen ist, was man an Integration erreichen kann“ und (b) die EU eine „strategische Dimension“, d.h. Handlungsfähigkeit gegenüber und im Konzert mit Amerika gewänne, würde dies notgedrungen jene Staaten in eine herausgehobene Position katapultieren, die zu den stärksten gerechnet werden. Dass Deutschland trotz seiner ökonomischen Schwäche noch immer zu dieser Klasse zählt, steht außer Frage. Wie es sich in diesem Kontext in den sich verändernden Rahmen einfügen würde, ist allerdings offen. Nicht nur die weiter zurückliegenden historischen Erfahrungen Europas mit Deutschland, sondern auch die noch sehr nahen Erfahrungen (während der Irak-Krise 2002/2003) legen den Schluss nahe, dass auch in dieser Hinsicht zumindest ein Teil der (deutschen und europäischen) Geschichte „zurückkehren“ könnte.

Was ist zu tun? Fischer hat Recht, wenn er in einer „Rekonstruktion des Westens“ die zentrale Herausforderung deutscher wie auch europäischer Außenpolitik sieht. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil in den geglückten Phasen deutscher Geschichte die Sonne stets im Westen aufging. Der Blick von Berlin in Richtung Westen muss jedoch nicht gleich zu den Vereinten Nationen in New York bzw. den USA wandern. Westlich von Berlin (und viel näher an ihm) liegen auch Bonn und Luxemburg. Dass beide (trotz ihrer nicht ganz zur Größe der Großmächte emporragenden Statur) für Europa sehr „wichtig“ waren, räumt Fischer zurecht ein. Sie stellen auch nach wie vor ein at-

traktives alternatives Leitbild im Vergleich zu jener Vorstellung dar, die „Verantwortung“ nur noch im Zusammenhang mit einem dauerhaft „privilegierten“ Status denken kann. In Rortys Sinn könnten sie sogar Anlass zu jenem „Stolz“ geben, der eine Voraussetzung kritischer Selbstreflexion sein kann. Zwischen konkurrierenden nationalen Egoismen zu vermitteln und einen tragfähigen Ausgleich herzustellen – diese Maxime war (bei aller selbstbezogenen Interessenpolitik, die natürlich auch von der „Bonner Republik“ betrieben wurde) in der deutschen Politik bis 1990 handlungsleitend und in Europa wirkungsvoll: Sie half, Europa zu einen und den Frieden zu fördern. Dass sie für Gegenwart und Zukunft untauglich sein soll, will einfach nicht einleuchten.

Koalitionsvereinbarungen und Verfassungspräambeln unterscheiden sich darin, wie sie die Möglichkeitshorizonte politischen Handelns beschreiben. Die einen gelten (im besten Fall) für vier Jahre, die anderen zielen auf die Ewigkeit. In einem wohlgeordneten politischen System sollte man allerdings erwarten dürfen, dass in den Vier-Jahresrhythmen alles unterbleibt, was langfristige Visionen zunichte macht. Diese Gefahr besteht heute, wenn der europäische Sitz immer wieder für „tot“ erklärt wird. Ihn wieder zum Leben zu erwecken, ist vielleicht dadurch möglich, dass Deutschland auf einen ständigen nationalen Sitz verzichtet und in der EU jene Koalitionen schmiedet, die langfristig dabei helfen, den französischen und britischen Anspruch auf ihre nationalen Sitze auszuhebeln. Denn dass ein Sicherheitsrat, der im Lichte der Ambitionen der „Ehrgeizigen Vier“ reformiert wird (seine historischen Wurzeln im 2. Weltkrieg damit aber nicht überwinden kann), den Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte dauerhaft gewachsen sein wird, ist wenig überzeugend. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass wir bis zur nächsten Jahrhundertwende ein modernes Äquivalent zu „1945“ erleben werden. Diese Zukunft mit zu bedenken, wenn heute Totenscheine ausgestellt werden, ist das Mindeste, was wir an vorausschauender Politik erwarten dürfen. In diesem Zusammenhang könnte dann eine Unterscheidung hilfreich sein, die Mitte der 1990er Jahre von der deutschen UN-Botschaft bei den Vereinten Nationen eingeführt wurde – dass nämlich „ständige“ Sitze nicht „ewig“ währen.¹⁸ Für die Ewigkeit könnte man sich statt dessen eine Formulierung in der Präambel einer europäischen Verfassung vorstellen, in der sich die Völker Europas von dem Willen beseelt zeigen, gemeinsam dem Frieden der Welt zu dienen. Deutschland kann bis zum kommenden Herbst einen ersten, wenn auch kleinen Schritt zur Verwirklichung dieser Vision tun, indem es auf einen ständigen nationalen Sitz aus freien Stücken verzichtet. Auch wenn es nicht dazu kommt, werden wir als Politikwissenschaftler einiges zu erklären haben.

Literatur

Andreae, Lisette, 2002: Reform in der Warteschleife. Ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat? München.

Arnold, Hans, 1995: Deutschlands Rolle in der UNO, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 42, 27–35.

¹⁸ „Periodic review clause: working paper by Germany“ vom 3.7.1996 (A/AC.247/1996/CRP.15/Rev.1), <http://www.globalpolicy.org/security/reform/germany.htm>, 21.7.2004.

- Baumann, Rainer*, 2002: The Transformation of German Multilateralism. Changes in the Foreign-Policy Discourse since Unification, in: *German Politics and Society* 20, 1–26.
- Die Grünen*, 1990: Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Bundestagswahl. Bonn.
- Fischer, Joschka*, 1994: Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik. Köln.
- Fischer, Joschka*, 1999: Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor der 54. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 22.9.1999 in New York, <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/reden/1999/r990922a.pdf> [18.9.2004].
- Fischer, Joschka*, 2004a: Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 2004, Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode, 122. Sitzung, <http://dip.bundestag.de/btp/15/15122.pdf> [18.9.2004].
- Fischer, Joschka*, 2004b: „Das Außenminister-Interview: 11. September, Beslan, UN. Fischer: Noch Jahrzehnte Terror!“, in: *Bild am Sonntag*, 11.9.2004, http://www.bild.t-online.de/BTO/news/2004/09/12/fischer_joschka_terror_interview/fischer_joschka_terror_interview.html [19.9.2004].
- Fischer, Joschka*, 2004c: „Für eine Reform des Systems der Vereinten Nationen.“ Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor der 59. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 23.9.2004 in New York, http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=6180 [24.9.2004].
- Fischer, Joschka*, 2004d: Die Rekonstruktion des Westens. Interview mit Außenminister Fischer über Europa, Amerika und die gemeinsamen strategischen Aufgaben, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. März 2004, 9.
- Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P.*, 2001: Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., Deutscher Bundestag Drucksache 14/5243, 14. Wahlperiode, 07.02.2001, <http://dip.bundestag.de/btd/14/052/1405243.pdf> [20.7.2004].
- Genscher, Hans-Dietrich*, 1990a: Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland durch den Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, am 20. September 1990, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Legislaturperiode, 17803–17807.
- Genscher, Hans-Dietrich*, 1990b: Rede vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1990, in: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*, hrsg. aus Anlass des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes durch das Auswärtige Amt. Köln 1995.
- Habermas, Jürgen*, 1999: Rortys patriotischer Traktat, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27./28. Februar 1999.
- Hellmann, Gunther*, 2003: Creative Intelligence. Pragmatism as a Theory of Thought and Action (verfügbar unter http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/millennium_www.pdf).
- Hellmann, Gunther*, 2004a: Von Gipfelstürmern und Gratwanderern. Deutsche Wege in der Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 11, 32–39.
- Hellmann, Gunther*, 2004b: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: *WeltTrends* 42, 79–88.
- Hellmann, Gunther* (Hrsg.), (in Vorbereitung): De-Europeanization by Default. Germany's EU-Policy in Defence and Asylum.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard*, 2004: Neuer Spielplan auf der Weltbühne. Deutschlands Auftritt muss abgesagt werden, in: *Internationale Politik* 59, 73–80.
- Herborth, Benjamin*, 2003: The System is under Construction. A Theoretical Exploration of the Creativity of Social Action in International Relations. M.A. Thesis, University of Chicago (verfügbar unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/herbort_ma.pdf).
- Kaiser, Karl*, 2004: Ein deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat. Ein richtiges Ziel deutscher Außenpolitik, in: *Internationale Politik* 59, 61–72.

- Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen*, 2002: „Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie“, Koalitionsvereinbarung vom 16. Oktober 2002, <http://www.bundesregierung.de/Anlage444120/Koalitionsvertrag+zwischen+SPD+und+B%FCndnis+90/Die+Gr%FCnen+vom+16.+Oktober+2002.pdf> [17.10.2004].
- Kohl, Helmut*, 2004: „Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten wäre schädlich.“ Interview mit Helmut Kohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. Januar 2004, 5.
- König, Jens*, 2004: Der Welterklärer, in: die tageszeitung, 12.6.2004, 3, <http://www.taz.de/pt/2004/06/12/a0155.nf/text>.
- Lohse, Eckhart*, 2004: „Finster entschlossen.“ Berlin will ständigen Sicherheitsratssitz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Mai 2004, 1–2.
- Markey, Daniel Seth*, 2000: The Prestige Motive in International Relations. Princeton, Princeton University Dissertation.
- Mearsheimer, John J.*, 2001: The Tragedy of Great Power Politics. New York.
- Nass, Matthias*, 2004: „Wir wollen da rein!“, in: Die Zeit, Nr. 39 vom 16. September 2004, <http://www.zeit.de/2004/39/UN-Sicherheitsrat> [18.9.2004].
- Parlamentarischer Rat*, 1996: Akten und Protokolle des Parlamentarischen Rates 1948–1949, hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, Band 9 (Plenum), bearb. von Wolfram Werner. München.
- Pleuger, Gunter*, 2003: Die Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in: *von Schorlemer, Sabine* (Hrsg.), Praxishandbuch UNO. Heidelberg, 683–693.
- Pries, Knut*, 2004: Anspruch und Resignation, in: Frankfurter Rundschau, 24.9.2004, http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/die_seite_3/?cnt=509697 [25.9.2004].
- Rorty, Richard*, 1998: American National Pride: Whitman and Dewey, in: *Rorty, Richard* (Hrsg.), Achieving Our Country. Leftist Thought in Twentieth-Century America. Cambridge, MA.
- Schirmbeck, Sonja/ Sauer, Frank*, 2004: Daten zum deutschen Anspruch auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (erstellt im Zusammenhang dieses Beitrages; verfügbar unter http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/PVS_2004_Daten.pdf).
- Schmidt, Helmut*, 2004: Im Sicherheitsrat der UN hat Deutschland nichts zu suchen, in: Bild, 23.9.2004, <http://www.bild.t-online.de/BTO/index.html> [24.9.2004].
- Schmierer, Joscha*, 2003: Deutscher Auftritt, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 6, auch verfügbar unter http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/planungsstab/bbspr_auftritt.pdf [28.9.2004].
- Schöllgen, Gregor*, 2003: Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. München.
- Schröder, Gerhard*, 1999: Eine Außenpolitik des „Dritten Weges“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 50, 392–396.
- Völmer, Ludger*, 1998: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis. Münster.
- Wagner, Wolfgang*, 1993: Der ständige Sitz im Sicherheitsrat. Wer braucht wen: Die Deutschen diesen Sitz? Der Sicherheitsrat die Deutschen?, in: Europa-Archiv 48, 533–540.
- Wolf, Reinhard*, 2004: Between Revisionism and Normalcy: Germany's Foreign Policy Identity in the 20th Century, in: *Katada, Saori/Inoguchi, Takashi/Maull, Hanns W.* (Hrsg.), Germany and Japan in International Relations. Aldershot, 11–29.